



# **N I E D E R S C H R I F T**

**zum öffentlichen Teil**

**der 3. Sitzung des Ortsbeirates Klotzsche (OBR KI/003/2009)**

**am Montag, den 07.12.2009,**

**19:00 Uhr**

**im Ortsamt Klotzsche, Bürgersaal  
Kieler Straße 52, 01109 Dresden**

**Beginn der Sitzung:** 19:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 22:00 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzender**

Gottfried Ecke

**Mitglied Liste CDU**

Heinrich-Ewald Lüers  
Rainer Pittner  
Dr. Steffen Sickert  
Silvana Wendt

**Mitglied Liste DIE LINKE**

Steffen Apel

Veronika Hanusch

**Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen**

Andreas Weck-Heimann

**Mitglied Liste SPD**

Ursula Roitsch

**Mitglied Liste FDP**

Katrin Säckel

**Mitglied Liste Freie Bürger**

Gabriela Hanzsch

**Mitglied Liste NPD**

Matthias Reich

**Abwesend:**

**Verwaltung:**

Frau Böttner  
Herr Körner

Straßen- und Tiefbauamt  
Amt für Wirtschaftsförderung

**Gäste:**

Herr Kaulfuß  
Herr Doltze

DREWAG  
DREWAG

**Schriftführer/-in**

Frau Meinert

# T A G E S O R D N U N G

## Öffentlich

- 1      **Vorstellung des Ausbaus (Reststück) der Hermann-Reichelt-Straße**
  
- 2      **Informationen zur Kinder- und Jugendarbeit im Ortsamtsbereich**
  
- 3      **Informationen des Ortsamtsleiters**
  
- 3.1    **Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK) der Landeshauptstadt Dresden aus dem Jahr 2003** **V0055/09  
beratend**
  
- 4      **Anfragen und Anregungen aus dem Ortsbeirat**
  
- 5      **Informationen zur Errichtung einer Biogasanlage am Standort des Heizkraftwerkes Dresden-Klotzsche, Müller-Armag-Straße**

Herr Ecke begrüßt die Gäste, er verliest die Tagesordnung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## öffentlich

- 1      **Vorstellung des Ausbaus (Reststück) der Hermann-Reichelt-Straße**

Der Ausbau des Reststückes der Hermann-Reichelt-Straße erfolgt auf der Grundlage eines Planfeststellungsbeschlusses von 1998. Träger der Maßnahme ist das Amt für Wirtschaftsförderung. Herr Körner erläutert, dass mit dem Ausbau der Straße 195 Unternehmen mit 7.300 Arbeitskräften eine ordnungsgemäße Erschließung geboten werden kann. Die Maßnahme soll am 18.12.09 im Sächsischen Ausschreibungsblatt und am 07.01.2010 im Dresdner Amtsblatt ausgeschrieben werden. Bauzeit soll vom 29. 03.2010 bis 30.06.2010 sein, so dass zum Flughafenfest am 29.06.2010 die Fertigstellung zu erwarten ist.

Frau Böttner nimmt ebenfalls Bezug auf die Planfeststellung mit Inhalt eines zweistreifigen Ausbaus der Straße mit Zufahrt zum Flughafen und Abbiegebedingungen zum Areal des Industrieparkes (EADS). In die Planung neu aufgenommen wurden beidseitige Rad- und Gehwege sowie die Einrichtung zweier Bushaltestellen auf Grund des neuen Busliniennetzes. Gesamtlänge der Baumaßnahme beträgt 514 Meter. Belange des unterirdischen Versorgungsraumes (Schachtanpassungen) und der Landschaftsplanung (Alleebepflanzung von 87 Bäumen und ca. 800 Sträuchern und Hecken) wurden ebenfalls berücksichtigt und integriert. Die Fahrbahn wird mit einer Asphaltdecke versehen, die Gehwege mit Betonpflaster gebaut und eine neue, beidseitige Beleuchtungsanlage hergestellt. Während der Bauzeit ist der alte Straßenabschnitt weiter nutzbar, so dass kaum Verkehrseinschränkungen zu erwarten sind. Die Straße wird nach Befahrbarkeit der neuen Verkehrsanlage zurückgebaut, auch erfolgt ein Rückbau der alten Betonflächen im südlichen Bereich der Straße.

Die Anfrage, inwieweit die Lärmschutzmaßnahmen fortgeführt werden, wird verneint. Im Gegensatz zur vierspurigen Straße bis zur Einfahrt des Flughafens wird die Straße im Reststück zweispurig ausgebaut. In der Planfeststellung ist lediglich festgesetzt, dass das Wohngebäude Geschwister-Scholl-Straße 138 Lärmschutzfester an der zur Straße zugewandten Seite erhält. Geh- und Radwege werden getrennt mit einer Breite von 1,35 bis 2 m angeordnet. Da

im Brückenbereich ein großer Abbiegeradius für Fahrzeuge vorhanden sein muss, wird hier für Radfahrer ein Angebotsstreifen entstehen.

Die zeitlich späte Einordnung der Baumaßnahme wird mit Problemen zur Verlegung des Parkplatzes der EADS, Grundstückserwerbsverhandlungen und dem Klärungserfordernis zur Finanzierung begründet. Die Frage, weshalb vom Flughafen geplante Baumaßnahmen an der Hermann-Reichelt-Straße nicht von der Verwaltung genehmigt worden, kann von Seiten der Wirtschaftsförderung nicht umfassend beantwortet werden. Der Bereich sei als Grünausgleich vorgesehen. Ebenfalls kann keine Auskunft zur Einordnung des Ausbaus der Grenzstraße gegeben werden. Lt. Frau Böttner sei die Maßnahme mittelfristig eingestellt und noch in Bearbeitung des Stadtplanungsamtes. Im Straßen- und Tiefbauamt liegt diese Maßnahmenplanung noch nicht vor. Das Amt für Wirtschaftsförderung ist darin nicht involviert.

## **2 Informationen zur Kinder- und Jugendarbeit im Ortsamtsbereich**

Den Ortsbeiräten liegt ein offener Brief der Stadtteilrunde vor, ebenso eine aktualisierte Zusammenfassung. Da von deren Seite eine Einkürzung der Mittel für die Kinder- und Jugendarbeit befürchtet wird, wurde der Ortsbeirat angesprochen. Der Jugendamtsleiter hat kurzfristig seine Teilnahme an der Beratung mit der Begründung abgesagt, dass der Jugendhilfeausschuss am 26.11.2009 von der Verwaltung informiert wurde, dass die Beschlussvorlage zur Förderung 2010 den neugewählten JHA erst im neuen Jahr erreichen wird. Von daher wird das Jugendamt nicht vorher auf die noch in der Diskussion befindlichen Fördervorlage eingehen. Dies sei auch mit Herrn Bürgermeister Seidel abgestimmt und es entspricht im Übrigen dem üblichen Verfahren, Vorlagen erst im zuständigen Ausschuss zu diskutieren. Er könne voraussichtlich in der Februar-Sitzung des Ortsbeirates zur Verfügung stehen.

Auf die Anfrage, inwieweit der Ortsbeirat im Vorfeld der Fertigstellung der Vorlage den Brief an den Ausschuss der Jugendhilfe befördern kann, ergänzt Herr Ecke, dass der offene Brief im Ausschuss vorliegt und lt. Mitteilung des Jugendamtsleiters die Stadtteilrunden Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII sind und die Aufgabe haben, die geplanten Angebote im Territorium aufeinander abzustimmen und einen wesentlichen Beitrag zur Jugendhilfeplanung leisten. Ein darüber hinaus gehendes Mandat gibt es nicht. Widersprochen wird auch der Ausführung, dass eine „Vielzahl öffentlicher, beratender und unterstützender Leistungen“ aus dem Ortsamt verschwunden seien.

Das aktuelle Schreiben der Stadtteilrunde wird dem Jugendamtsleiter zugestellt mit der Bitte, die aufgeführten Belange zu berücksichtigen.

## **3 Informationen des Ortsamtsleiters**

- Herr Ecke informiert zum Antrag des VfB Hellerau auf Verlängerung des Mietvertrages zur langfristigen Überlassung der Sportanlage Karl-Liebknecht-Straße auf 25 Jahre. Der Ausschuss für Sportstätten und Bäder hat einer Vertragsverlängerung zugestimmt.

- Eine weitere Information bezieht sich auf die private Kindertageseinrichtung „Kindervilla“ am Moritzburger Weg. Ab 1. Januar 2010 wird die Einrichtung als kommunale Kindertagesstätte mit 54 Krippen- und 42 Kindergartenplätzen, zunächst für 5 Jahre, weitergeführt. Damit konnte den Eltern Sicherheit geboten und eine Zwangsäumung abgewandt werden. Das bestehende Konzept wird übergangsweise fortgeführt.

- Der Ortsamtsleiter setzt das Gremium zum Richtfest der neuen Verkaufseinrichtungen (Kaufhalle) an der Boltenhagener Straße in Kenntnis. Eröffnung des Frida-Markes, des Rossmann-Drogeriemarktes, einer Apotheke und weiteren Geschäften soll im Frühjahr sein.

- Im Bürgersaal des Ortsamtes findet am 09.12.2009 eine Vernissage des Vereins Kunstbewegung International Dresden e. V. statt. Die Bilder mit Klotzscher Motiven können vom 10.12.2009 bis 17.02.2010, jeweils dienstags und donnerstags von 13.00 bis 18.00 Uhr, be-

trachtet werden. Sie stehen auch zum Verkauf.

### **3.1 Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK) der Landeshauptstadt Dresden aus dem Jahr 2003**

**V0055/09  
beratend**

Der Ortsbeirat nimmt zur Kenntnis, dass der Stadtrat die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes beschlossen hat. Die Anregung des Ortsbeirates, im Vorfeld Bürgerbeteiligung im Rahmen von Bürgerversammlungen herzustellen, wurde im Beschluss nicht berücksichtigt.

## **4 Anfragen und Anregungen aus dem Ortsbeirat**

- Bezüglich der Widersprüche von Anwohnern der Hellerstraße zur Buslinie 78 bringt Frau Hanusch zum Ausdruck, dass im Bereich der Straßeneinengungen Probleme im Gegenverkehr (mit dem Fahrrad) zu verzeichnen waren. Dies war in der ersten Fahrtwoche, als noch Midibusse die Linie belegt hatten; nunmehr fährt der zu spät gelieferte Kleinbus. – Vorerst muss die Streckenführung so akzeptiert werden. Das Ortsamt wird jedoch die Entwicklung der Situation beobachten und entsprechend mit dem Fachamt und den DVB Kontakt aufnehmen.

## **5 Informationen zur Errichtung einer Biogasanlage am Standort des Heizkraftwerkes Dresden-Klotzsche, Müller-Armag-Straße**

Die DREWAG plant, am Standort des Heizkraftwerkes in Klotzsche eine Biogasanlage zu errichten. Ortsamt und Ortsbeirat war lediglich durch den Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes 351 bekannt, dass hier ein neues Heizkraftwerk entstehen soll. Herr Ecke bedankt sich bei den Vertretern der DREWAG für die Bereitschaft der Erläuterungen zum Vorhaben. Umweltamt und Stadtplanungsamt haben die Teilnahme an der Sitzung abgelehnt. Das Genehmigungsverfahren wird bei der Landesdirektion als Bundesimmissionsschutzverfahren geführt. Die Veröffentlichung zur Beteiligung erfolgte am 22.05.2009 in der Sächsischen Zeitung, der DNN und im Sächsischen Amtsblatt.

Der Einsatz von Erdgas soll schrittweise durch erneuerbare Energien ersetzt werden. In einem ersten Schritt soll dies durch Biogas aus nachwachsenden Rohstoffen erfolgen. In Klotzsche kann durch das umliegende Industriegebiet eine Versorgung durch Wärmekraftkopplung erfolgen. Bedingt durch den günstigen Standort soll hier auch Biogas genutzt werden. Eingesetzt werden sollen jährlich 9.500 t (ca. 26 t/Tag) Maissilage und 5.000 t (14 t/Tag) Rindergülle, deren Anlieferung zunächst für 15 Jahre mit der Agrargenossenschaft Radeburg vertraglich vereinbart wird. Herr Kaulfuß erläutert weiter, dass im Gegensatz zu landwirtschaftlichen Anlagen hier die Möglichkeit der Wärmenutzung gegeben ist.

Die Biogaserzeugung soll in drei großen aus Beton hergestellten Behältern mit doppelter Foliedachabdeckung erfolgen. Die Anlage wird nach dem Nassvergärungsverfahren (Vermenterbehälter, Nachgärer und Gärrestlager) betrieben. Technische Details und bauliche Anlagen erläutert Herr Doltze an Hand der Beamerpräsentation. Zur Aufbereitung des Biogases, entsprechend der Abgasnormen für derartige Anlagen, wird eine Biogasvorreinigung und Abgasreinigung (Entschwefelung) vorgesehen. Im BHKW-Gebäude selbst wird sich der Gasmotor, Elektro- und Transformatorenraum befinden und im Außenbereich der Schornstein mit einer Höhe von 20 m. Für den Fall, das BHKW kann auf Grund von Störfällen nicht betrieben werden, wird als Noteinrichtung eine Gasfackel angeordnet.

Die eingebrachten Biostoffe werden kontinuierlich in die Anlage eingebracht und gerührt und entsprechend der Jahreszeit zusätzlich beheizt, so dass die erforderliche Temperatur von 38 – 40 ° gehalten werden kann. Die Verweilzeit ist mit 45 bis 50 Tagen berechnet. Das ausgegohrene Material gelangt im freien Überlauf in den Nachgärer, dort wird der Prozess fortgeführt, so dass der Rest bei nahezu ausgegohrenen Bestandteilen und nahezu flüssig in den Restbehälter gelangt und hier für ein halbes Jahr zwischengespeichert wird. Die Ausbringung des Gärrestes ist in vorgeschriebenen Abständen möglich, allerdings wird ein Teil – im Um-

fang der gelieferten Gülle – vom Landwirtschaftsbetrieb abgefahren. die Anlieferungen sind wie folgt geplant: Montag bis Freitag 2 Fahrten (Traktor mit 2 Hängern) Maissilage und 1 Antransport von Gülle. Samstags nachmittags sollen zusätzlich 1 bis 2 Fahrten Maissilage geliefert werden. Der konzentrierte Abtransport der Reste wird 2 Mal im Jahr, in jeweils drei Wochen mit 12 Fahrzeugen, erfolgen. Bezüglich der Transportwege wird ausgeführt, dass der Hauptanteil der Biomasse von Großdittmannsdorf über die Dörfer, die Radeburger Straße und Hermann-Reichelt-Straße angeliefert wird. Alternative Standorte befinden sich in Reichenberg, wobei auch hier die Anlieferung über den Flughafenzubringer erfolgt.

Durch Betriebspersonal werden täglich automatische Kontrollen erfolgen. Die erzeugte Energie wird in das 20KV-Netz und die Wärme in das Fernwärmesystem von Klotzsche eingespeist.

Ergänzend zum Genehmigungsverfahren wird zum Ausdruck gebracht, dass eine Umweltverträglichkeitsvorprüfung durchgeführt wurde. Das Beteiligungsverfahren ist ohne Einwände gegen die Anlage selbst von statten gegangen; rege Beteiligung war bezüglich der Substratbeschaffung und deren Verwendung zu verzeichnen. Das Bundesimmissionsschutzverfahren läuft zurzeit noch. Nach Absolvierung der genannten Vorprüfung und der öffentlichen Beteiligung wurde die Genehmigungsfähigkeit der Anlage attestiert; erste Auflagen wurden erteilt und die Anzeige zum vorzeitigen Baubeginn wurde bei der DREWAG am 16.11.2009 vorgenommen. Seit dieser Zeit findet die Bautätigkeit statt. Das anfangs genannte Bebauungsverfahren ist ein parallel laufendes Verfahren, worin die Anlage Gegenstand sein wird.

Als zu bewältigende Probleme im Rahmen des Verfahrens nennt Herr Doltze die Entwässerung des Standortes, die inzwischen durch eine neu errichtete Rückhalteanlage gelöst wurde. Der Standort wird nach wie vor in den Ruhlandgraben entwässert. Die wasserrechtliche Genehmigung dazu ist erteilt. Da der Gewässerschutz selbst eine prioritäre Rolle spielt, werden alle technischen Einrichtungen nach dem neusten Stand der Technik zum Einsatz kommen. Bezüglich des Schallschutzes ist ein Gutachten erstellt worden mit dem Ergebnis, dass die Schallimmissionswerte an den Hauptpunkten, speziell im gegenüberliegenden Wohngebiet, eingehalten werden. Zum Geruchsschutz wird ausgeführt, dass die entsprechende Prognose ausweist, dass Belästigungen bzw. Geruchsüberschreitungen nicht zu erwarten sind, sondern rechnerisch unter der Irrelevanzgrenze liegen. Darüber hinaus ist beabsichtigt, Maßnahmen zum Ausschließen derartiger Belästigungen vorzunehmen. Ein Silo soll hier nicht ständig betrieben werden; es ist nur für eine Betreuung von drei bis fünf Tagen angedacht. Daher erfolgt auch kein ständiger Umschlag von Silage und Gülle; die Einsatzstoffe werden im geschlossenen Prozess betrieben und wieder abgefahren. Der vorhandene Güllelagerbehälter wird mit einer Abluftsaugung und Reinigung betrieben.

In der Diskussion bringt Dr. Sickert sein Unverständnis zur Ansiedlung einer derartigen Anlage an diesem Standort zum Ausdruck. Von der Anlage ausgehende Belästigungen werden sich auf den Flughafen bzw. für die Weiterentwicklung der hier noch vorhandenen Gewerbeflächen auswirken. Bekannt ist weiter, dass bereits etablierte Anlagen sich stets außerhalb von Wohnstandorten befinden. Hier ist man in Mitten des Stadtgebietes. – Zur Wahl des Verfahrens führt Herr Kaulfuß aus, dass dieses vom Gesetzgeber vorgeschrieben ist. Obwohl eine öffentliche Beteiligung nicht erforderlich war, hat das Unternehmen dies getan. Einwände bezogen sich hauptsächlich auf eine entstehende Monokultur durch den Maisanbau, daraus hervorgehende Schädlingsentwicklung bzw. auf Genmais. Gegen den Standort selbst, sind keine Einwände erhoben worden. Die naheliegende EADS hat hierzu sein Einverständnis gegeben; der Flughafen sei lediglich durch die Versorgung mit Fernwärme berührt. Bezüglich der Geruchsbelästigungen ist die DREWAG gern bereit, gemeinsam mit dem Gremium industriell betriebene Anlagen anzuschauen. Eine vergleichbare Anlage (500 KW) in der Nähe sei in dieser Größenordnung nicht bekannt; evtl. wären die Anlagen in Cömmern oder Zerbst geeignete Objekte zur Besichtigung. Negative Einflüsse für das Umfeld, wie z. B. in Großenhain durch Fliegen, sind hier kaum zu erwarten. Herr Weck-Heimann sieht als Problem eher Belästigungen durch die Transporte. – die Agrargenossenschaft wird die Transporte mit neuen Fahrzeugen, die extra dafür angeschafft werden, vornehmen.

Herr Apel hinterfragt, wie künftig das Verhältnis Strom- und Wärmeerzeugung sein wird, was passiert mit dem Schornstein und sind die genannten Transportwege effektiver als eine Anlagenbetriebs im Umfeld vom Standort der entstehenden Einsatzstoffe. – Der Kraft-Wärme-Koppel-Grad wird erhöht. Zurückgedrängt wird die Frischwärmeproduzierung (Erdgasverbrennung). Für den Transport werden ca. 10 % des CO<sup>2</sup> benötigt. Hinzu kommt, dass in der Landwirtschaft die entstehende Abwärme nicht genutzt werden kann. Der vorhandene als Sendemast genutzte Schornstein (35 m) bleibt stehen. Die Höhen der neu zu errichtenden Schornsteine (24 m) liegen unter der Höhe des Bestehenden; sie stellen kein Luftfahrthindernis dar. Die Flugsicherheitsbehörden wurden im Verfahren beteiligt.

Dr. Sickert interessiert weiter, inwieweit die DREWAG über Erfahrungen in der Betreibung einer automatischen Biogasanlage verfügt, wie die Übergabe der Silage erfolgt (offene Schüttung oder Halle mit Biofilter) und welche Geräuschemissionen werden bei Problemen – Abfackeln von Gas – entstehen. – Über Erfahrungen verfügt das Unternehmen nicht. Die Anlage wird von einem Generalunternehmer errichtet, der über derartige Erfahrungen verfügt. Das Unternehmen geht davon aus, dass die Anlage bis zu einem Jahr nicht vollautomatisch laufen wird. Ziel ist es jedoch mit entsprechendem Fachpersonal danach den Prozess automatisch zu steuern. Die Übergabe der Silage erfolgt in Schüttung in einen unterirdischen Bunker, der abgedeckt ist. Eine Aussage zu Geräuschemissionen kann konkret nicht getroffen werden; sie sind etwas höher als im Normalbetrieb. Die Prozesskontrolle erfolgt von Reick aus. Dennoch wird Personal vor Ort sein und Kontrollgänge durchführen. Die Inbetriebnahme der Anlage soll im Sommer 2010 erfolgen.

Weitere Anfragen beziehen sich auf die halbjährlich erforderlichen Transporte der Gärreste, die Amortisierung der Anlage und wie Havarien durch Eindringen von zu viel Sauerstoff vermieden werden können. – In den Zonen, wo ein Ausströmen von Biogas möglich wäre und sich zündfähige Gemische bilden, sind sämtliche elektrischen Einrichtungen als Zündquellen auszuführen. Amortisieren sollen sich die 3,5 Mio. Euro Investitionen in 15 Jahren. Die Gärreste werden auf den Feldern ausgebracht, enthalten weitaus weniger Methan und sind daher umweltschonender. Die Abtransporte erfolgen auch über landwirtschaftliche Kooperationspartner.

Herr Kaulfuß bietet so bald als möglich einen Besichtigungstermin einer Anlage an.

Herr Ecke verweist darauf, dass die Ortsbeiräte die Antragsunterlagen im Ortsamt einsehen können und auch eine Stellungnahme einbringen können.

Gottfried Ecke  
Vorsitzender

Marlies Meinert  
Schriftführer/-in

OBR-Mitglied

OBR-Mitglied